

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker  
und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Nüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:  
Berlin O., Nüdersdorferstraße 60.

Aboonement-Bestellungen, Anzeigen u. s. w. sind an  
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Dienstag abends 7 Uhr.

Nummer 37.

Berlin, den 16. September 1906.

7. Jahrgang.

## Inhaltsverzeichnis.

Handwerks- und Gewerbeamtstag und Bauarbeiter.  
— Zum Kapitel Tarifverträge. — Kunstschau: Ver-  
einigung Bau- und Steinarbeiter Österreichs. Der christl. Metall-  
arbeiterverband. Tarif und Gewerkschaften sind eins. Einen Extra-  
tag von 50 Pf. pro Woche. Eine Ohrfeige für Genossen. Es ist  
die Vorwürfe leute. 307 000 M. für die russische Revolution.  
Bauarbeiterverbände agitieren. Moderne Wasserbauten.  
christliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Heding-  
ton. Köln. St. Johann Saarbrücken. Oliva. Waren-  
schaffung. — Bekanntmachungen. — Persönlichkeiten. — Briefe.

## Handwerks- und Gewerbeamtstag und Bauarbeiterbuch.

In der Stadt Nürnberg fand vom 3.—5. September  
diesjähriger 7. Handwerks- und Gewerbeamtstag statt.  
Historischer Beziehung war der Tagungsort gut ge-  
kennzeichnet. Seit alten Zeiten steht die Stadt Nürnberg  
auf einer Kuppe, eine Stätte des Kunsthändlerwerks und des  
Handwerkes zu sein. Die Tagungen obiger Kongregation  
sind so allgemeine Rundblicke über den Stand des  
Handwerks, und nebenbei wird kräftig Propaganda für  
gewisse Art Reformen geltend gemacht.

Nachdem die vorbereitenden Organisationsarbeiten  
hauptsächlich in die Wege geleitet sind, muß es die  
hauptliche Aufgabe der Handwerks- und Gewerbeamtstagen  
das Handwerk wirtschaftlich zu fördern.

Als wirtschaftliche Förderung des selbständigen Hand-  
werks in dieser Richtung die Vermittlung von Maschinen,  
Werkzeugen, Erzeugnissen, außerdem die Prüfung  
und Ausfassung von Betriebsmaterialien für Werkstätten,  
Errichtung von Bauplänen und Rentabilitätsberechnungen  
in Betracht. Je nach dem hervortretenden Be-  
gut empfiehlt es sich, die Vermittlungsstellen den Pla-  
nen von Musterwerkstätten und Vorführung von Ma-  
schinen anzugeben.

Die bisherigen Erfahrungen lassen es als richtig  
erscheinen, die Gewerbeförderungssstellen im Sinne dieser  
Stellung für möglichst große Bezirke (etwa für Provinzen  
oder einzelne Bundesstaaten) zu errichten. Zu ihrer Lei-  
tung technisch gebildete und mit dem Handwerk ver-  
traute Persönlichkeiten hauptsächlich anzustellen, denen Fach-  
kommissionen zur Seite treten.

Zu den Leistungen des organisierten Handwerks muß  
anderen Berufsorganisationen gleichgestellt werden. Bei öffentlichen  
Mitteln in entsprechendem Umfang treten  
die ersten drei Dingen davon, daß man jetzt  
Handwerkerkreisen nach und nach Gewicht auf die  
Leute legt und hier zweitens in persöhnlichen  
Beziehungen, die vielfach arg zurückgelassenen Ver-  
tretern wieder mobil zu machen. Ein weiterer Punkt be-  
gebt sich mit der Frage des Lehrbriefes und des  
Arbeitsbriefes. Es wurde empfohlen, diese möglichst über-  
zuführen und einheitlich zu machen.

Weiter diskutierte man sodann, wer den Titel  
„Meister“ und „Baugewerksmeister“ führen dürfe. Es  
wurde in einer Resolution beschlossen, dahin zu wirken,  
daß Namen nur an wirklich den Nachweis der Fähig-  
keit erbringende Meister verliehen werden. Sodann ritt  
wieder das Etappenfeld des Besichtigungsnachweises.  
Dabei geht dahin, denselben obligatorisch zu  
führen für alle Gewerbe und Berufe, was abrigens eine  
Gefordert wird. Man gibt sich aber auch schon mit Abholags-  
schein zufrieden und nimmt so die Wänderung der  
Forderung zur Befreiung der Mißstände im Bau-  
arbeiterstande in Angriff. Wie dieselbe die Regierung vorgeschlagen hat,  
scheint aber auch in bezug auf den Be-  
sichtigungsnachweis weitere Konzessionen machen zu wollen.  
Unter diesen Anpassungen erklärte der Vertreter des  
Kreisrats von Posadowitz, Geheimer Oberregie-  
rungsvertreter über die tünftige Ge-  
richtsverordnung ausführlich, bevor nicht die maßgebenden  
gesprochen haben. Aber mein hoher Chef hat ja  
wie Sie aus der von dem Abgeordneten Mal-  
kowitsch gehörte Stelle gehörte, erklärt, daß er für  
den Besichtigungsnachweis einzutreten bereit sei.  
(Hört!) Ohne Indiskretion kann ich Ihnen mit-  
teilen, Sie mit der Erklärung, die der Staatssekretär  
Malkowitsch beim Zusammentritt des Reichstages ab-  
gab, zufrieden sein werden. Bewegung und hört!  
Die Erklärung des Vorredners, daß der kleine Be-  
sichtigungsnachweis lediglich für das Baugewerbe einge-  
setzt wird, ist nicht zutreffend. (Bewegung und  
Beifall.)

Ein „kleiner“ Besichtigungsnachweis ist geplant,  
so neugierig, wie das Ding aussehen wird!  
Aber man sich hierüber des langen und breiten  
bekannteste Obermeister Heine Dortmund über den

Beschluß der 11. Reichstagskommision betr. Ausübung der  
Baukontrolle. Zu diesem Punkt hat der Westfälische  
Handwerksamtstag folgende Resolution gestellt:

Der 7. Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag  
wollte beschließen, gegen den von der Kommission zur Ab-  
änderung der Gewerbeordnung angenommenen Antrag der  
Abgeordneten Dr. Hize, Trimborn und Dr. Dahlem, betr.  
Ausübung der Baukontrolle durch Gewerbeinspektoren unter  
Hinzuziehung gewählter Bauarbeiter in einer Eingabe an  
den Reichstag mit aller Entschieden-

heitstellung zu nehmen.

Diese „entschiedene Gegenstellungnahme“ betrifft den  
Beschluß der 11. Reichstagskommision, der unsere Petition  
um besseren Bauarbeiterbeschutz resp. dessen reichsgesetzliche  
Regulierung, Heranziehung von praktisch geschulten Ar-  
beiterkontrolleuren, Abschaffung der Frauenarbeit usw., wie  
die Petition der Centralkommision für Bauarbeiterbeschutz  
der freien Verbände im gleichen Sinne — dem Reichs-  
kanzler als Materialien überwies. Hiergegen läuft man  
Sturm. Nach einem lebhaften Lamento, daß dieselbe Kom-  
mission die Petition des „D. Arbeitgeberbundes für das  
Baugewerbe“, die sich gegen diese Forderungen richtet, ab-  
gelehnt habe, schickte der Referent Heine-Dortmund dann  
sein Herz aus: „Es sei zu befürchten, daß der Reichstag  
diesem Antrage zustimmen könnte, deshalb müsse das Hand-  
werk rechtzeitig seine warnende Stimme erheben.“

Auch die Arbeitgeber traten für besseren Arbeitser-  
schutzen ein.

Aber wir müssen entschieden einer Überwachung der Bau-  
arbeiter durch Gewerbeinspektoren unter Hinzuziehung von Arbeitern  
als Baukontrolleure widersprechen. Die Baukontrolle würde keine  
Verhinderung der Unfälle herbeiführen. Das wird nicht möglich  
sein, ohne Verschärfung der Strafbestimmungen für Übertretun-  
gen seitens der Arbeiter. (1) Die Beschlüsse der 11. Kommission  
würden nicht Unfälle verhindern, aber sie würden die vorhandene  
Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern bedeutend ver-  
mehren. Denn von den Beamten der Arbeiter würde unge-  
hindert sozialdemokratische Agitation betrieben werden können.  
Die guten Arbeiter, Poliere, Vorarbeiter, ruhige und ordentliche  
Gesellen würden schullos dieser Art Leute ausgepeilt sein. Die  
Reichsregierung hat sich gegen die Zugabe von Arbeitern  
zur Baukontrolle ausgesprochen. (Bravo!) Aber die Süddeutschen  
scheinen dem Gedanken nicht unsympathisch gegenüberzustehen.  
Deshalb müssen die Handwerker nicht erst abwarten, bis sie  
durch das Gesetz begünstigt werden, welches die Gegensätze zwischen  
Meister und Gesellen verschärft, sondern rechtzeitig Protest er-  
heben. (Stürmischer Beifall.) Die Baukontrolle durch von ge-  
werblichen Bauarbeiter gewählte Vertreter würde die Macht  
der Sozialdemokratie unerhört vermehren, denn nur die Ver-  
trauensleute der Sozialdemokratie würden zu Baukontrolleuren  
gewählt werden. Der Sozialdemokratie würden die Arbeiter  
die jetzt ihrem zersetzenden Einfluß noch nicht ausgetestet sind,  
versetzen. Ich bitte, bei Eingabe an den Bundesrat zu  
hinnahmen.“ (Debütanter Beifall.)

In diesem Sinne bewegte sich dann auch die Dis-  
kussion. Vor allem war es der bekannte Meister H. v. z. o. g.  
Danzig, welcher folgendermaßen ins Horn blies:

„Wir können nicht hinter jedem Arbeiter 3—4 Aufsichts-  
beamte stellen. Wenn der Arbeiter nicht sich selbst und seine  
Mitarbeiter schützen kann und will, rißt doch alle Baukon-  
trolle nichts. Ein Schutz kann nur durch geeignete Vorbildung  
der Handwerker mittels des Besichtigungsnachweises für Gesellen  
und Meister herbeigeführt werden. Ich muß mich sehr wundern  
über die Wgg. Hize und Trimborn, vor denen ich sonst die  
größte Hochachtung habe, wie sie einen solchen Antrag heraus-  
bringen können. Da kann man sagen: Schuster bleibt bei seinem  
Leisten! (Heiterkeit.) Sie haben davon wirklich nichts verstanden.  
Die Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern würden  
durch den Antrag nur vermehrt werden. Wenn wir den Ge-  
werbeinspektoren Gehilfen aus dem Arbeitervorstande beigeben, so  
würden auch ganz andere Leute in die Fabriken eindringen,  
als mit denen uns die Herren Hize und Genossen beglücken  
möchten. Was würden Sie sagen, wenn jemand verlangte: Die  
Arbeiter wählen sich ihre Polizei selbst; darüber würden Sie  
doch lachen. Aber dieser Beschluß der Reichstagskommision be-  
deutet doch tatsächlich dasselbe und deshalb müssen wir im  
Interesse nicht nur der Baugewerksmeister, sondern des ganzen  
Handwerkerstandes dagegen protestieren. Wir Baugewerks-  
meister vom Zentrum werden ja mit den Herren Hize und  
Genossen an anderer Stelle geziemend abrechnen. (Hört! hört!  
und Sehr gut!) Wenn Sie verhindern, daß künftig die Bau-  
kontrolle durch Arbeiter ausgeführt wird und auch von den  
Arbeitervorständen ungestrahlte Elemente fernhalten, so nutzen Sie  
nicht nur dem Arbeitgebernstande, sondern auch den Arbeitern.  
(Debütanter Beifall.)

Auch der Wdg. Euler vom Zentrum glaubte in diesem  
Sinn reden zu müssen. Der Antrag des westfälischen Hand-  
werkskammer wurde sodann angenommen und mit dem  
Russe, die bestreuten Parteien zu erfüllen, folge Maß-  
nahmen zu veranlassen.

Wir müssen sagen, dieses Sturmslaufen gegen die For-  
derungen der Bauarbeiterchaft um Regelung und Besse-  
rung des Bauarbeiterbeschutes ist herzlich ungünstig. Mit  
solchen, man möchte sagen albernen, Argumenten können  
diese reaktionären Elemente unsere Forderungen nicht be-  
kämpfen, noch viel weniger, aber so hoffen wir! — die  
Parteien und Regierung zum rückwärtsgehen bestimmen.  
Soll man es ernst nehmen, wenn Heine sagt, die bessere  
Baukontrolle würde die Zahl der Unfälle nicht vermindern?

Dann kommt die steile Befürchtung, die Sozialdemo-  
kraten würden die Baukontrolle besiegen und sie für sich  
ausüben. Warum damit? Zunächst ist es kompletter  
Unsinn, die politische Stellung des Kontrolleur mit seiner  
Tätigkeit zu verbinden. Bei seiner fast amtlichen Stellung  
unter der Regie der Gewerbeinspektion, der die Baukon-  
trolle als Zweig angegliedert wird — ist es fast aus-  
geschlossen, daß er in dieser Hinsicht seine Tätigkeit partei-  
politisch färbt. Der Inspektion, der er untersteht, der Staat,  
der ihn besoldet, die Meister und Poliere, deren Bauten  
er kontrolliert, die christlich-organisierten Bauarbeiter usw.,  
hätten hier Mittel genug, einem solchen Kontrolleur schon  
plausibel zu machen, was seines Amtes ist. Und Vortrag  
und Berichte müßte ein solcher Kontrolleur unseren Zahl-  
stellen genau so geben, wie auch den Zahlstellen der frei-  
organisierten Bauarbeiter und umgekehrt. Uebrigens dürfte  
ja auch bei der Wahl solcher Kontrolleure aus Arbeiter-  
kreisen diesen Bewerbungen ein Riegel vorzuschreiben sein.  
Also damit, Herr Heine und Genossen, ist es nichts. Dieser  
Sieb sieht nicht. Wer ungedreht beutet es die Sozialdemo-  
kraten agitatorisch aus, wenn bei den größten Mißständen  
die Augen hartnäckig zugedrückt werden, wenn Polizei-  
organe, die vielleicht ehemals hinter dem Pflegberg hingingen,  
jetzt von dem Unternehmer und Polier über oft schreiende  
Zustände hinweggetäuscht werden, weil sie dieselben nicht  
erkennen.

Was uns veranlaßt, in dieser Hinsicht mit den „freien“  
Verbänden solidarisch zu sein, ist die einfache Tatsache,  
daß nur geschulte, erfahrene, unabhängige Bauarbeiter be-  
rufen sind, in pleiter ureigensten Sache der Bauarbeiter  
richtig Renedur schaffen zu können. Sie kennen die Ge-  
fahren aus eigener Erfahrung, sie üben den meisten Ein-  
fluss auf die Arbeiter aus, sie sind keine Bürokraten und  
Schablonenmenschen, sondern Praktiker. Des weiteren  
müssen wir es aber auch für die größte Konsequenz er-  
klären, wenn diese Herren, die stets um den Besichtigungsnach-  
weis jammern, hier den Bauarbeitern zuschulen, sich von unbefähigten oder parteischen Leuten schützen zu  
lassen. Die Redensart, daß die Unternehmer selbst über  
die Ausführungen der Schutzbestimmungen wachen, steht  
auf zu schwachen Füßen, daß wir uns überzeugen ließen.  
Gewiß gibt es in dieser Hinsicht tadellose Meister, aber sie  
sind außerst dünn gesät. Der Egoismus und der Billig-  
keitsstreit hat meistens die Oberhand. Von einem geradezu  
läppischen Kunst- und Standeskunsel zeugt es ferner, wenn  
der Abgeordnete von Markowitz-Stettin es hinstellt, als  
seien die Bauarbeiter zu einer solchen Stellung zu dummen  
und sei es der Ehre des Meisters zuwiderr, sich die Bauten von  
solchen Kontrollierern zu lassen. Gerade die Hand-  
werkmeister, die meistens aus dem Arbeitervorstande hervor-  
gegangen sind, sollten sich vor solchen Neuerungen hüten.  
Gegen die Neuherung Heines, die Unfälle nähmen ab,  
spricht die Statistik. Die Zahl der tödlichen Unfälle be-  
trug 1903 0,99, aber 1904 schon wieder 1,01 pro tausend  
Bollarbeiter, und die Gesamtunfälle stiegen von 1903:  
56,43 auf 59,08 im Jahre 1904 ebenfalls pro tausend  
Bollarbeiter. Also eine Vermehrung statt Abnahme! Also  
Summa Summarum enthalten die Neuerungen der Herren  
auf dem Handwerks- und Gewerbeamtstag keine Gegen-  
argumente, sondern leere Ausreden, die von Nebenspannung  
des Standesbewußtseins zeugen. Um übrigen unterschätzen  
wir diese Wühlerei und Schelerei gegen unsere Bestre-  
bungen nicht, sondern verstärken wir dieselbe durch Samm-  
lung von Materialien. Der alte Bünftler, Wdg. Euler, der  
gegen die Stellungnahme seiner eigenen Fraktion zu reden  
belebte, erhält eine deutliche, erfreuliche Abilage in der  
„Germania“, dem offiziellen Organ des Zentrums. Zu-  
gleich wird auch der Antrag selbst als aussichtslos be-  
zeichnet. Es heißt da in Nr. 206 vom 8. September an  
leitender Artikel u. a.:

„Was uns an den Verhandlungen nicht gefiel, war die  
Resolution, welche sich gegen den Zentrumsantrag betr. Aus-  
übung der Baukontrolle durch Gewerbeinspektoren unter Hinzuzie-  
hung gewählter Bauarbeiter wandte; auch der Zentrumsvorstand  
der Abgeordnete Euler hat sich gegen die Resolution gewandt, obwohl er im  
Dezember 1904 einen ähnlichen Antrag im Reichstage gar als  
Antragsteller unterzeichnet hat. Sedenfalls wäre es wünschens-  
wert gewesen, wenn der Wdg. Euler in der 11. Reichstags-  
kommision, die diese Resolution annahm, mitgearbeitet hätte;  
er wurde zwar in die Kommission gewählt, erschien aber aus  
uns unbekannten Gründen nicht in ihren Sitzungen, die eine  
ganz geruhsame Zeit umfaßten und beteiligte sich an der Arbeit  
nicht. Vielleicht wäre die Beschlussoffnung anders ausgefallen,  
wenn er sachliche Gründe gegen die Resolution hätte vorbringen  
wollte.“

von anderen Mitgliedern der Zentrumsfaktion wolle Unter-  
stützung zugesagt worden. Die Resolution des Handwerkskammer-  
tages, die trotz der vielen Vorausfälle eine bessere Kontrolle  
ablehnt, kann schon deshalb keine Berücksichtigung finden, weil  
manche Bauberufsgenossenschaften ihre Pflichten nicht erfüllen,  
welche ihnen die Unfallversicherung vorschreibt; hier sind sie  
eigens zur Unfallverhütung verpflichtet. Staatssekretär Graf  
Posadowsky aber hat in den letzten Jahren sich im Reichstage  
wiederholt darüber beschagt, daß diese Berufsgenossenschaften so  
lässig seien und erst nach Androhung staatlicher Maßnahmen  
das Mindestmaß geleistet hätten. Es scheint uns auch ein fal-  
scher und ungerechter Standpunkt zu sein, vom Staafe zunächst  
viel für sich selbst zu fordern, den gebotenen Schutz über anderen  
Berufständen zu verweigern; damit kommt man im politischen  
Zeben nicht sehr weit.“

Das blitze Herrn Herzog, wie insbesondere Herrn Abg. Euler wenig gefallen, den Sozialdemokraten ebenfalls nicht.

## Bum Kapitel Tarifverträge.

Unser Fachorgan „Die Baugewerkschaft“ behandelt in den letzten Nummern die Tarifgemeinschaften und hebt dabei naturgemäß die Tarifgemeinschaft im Brachdienstgewerbe hervor. Drei Fragen von eminenter Bedeutung werden am Schluß des zweiten Artikels aufgeworfen und es wird gut sein, aus der Praxis auf diese drei Fragen einzugehen. Jedoch zuerst ein Wort über die Stellung der Gewerkschaftsrichtungen zu den Tarifverträgen. Es ist offen bekannt, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung vor allem in dem Abschluß von Tarifverträgen die Gleichberechtigung der Arbeiter gegenüber dem Arbeitgeber erkennt. Über das nicht allein, corporative Tarifverträge, das ist das Hauptziel der christl. Gewerkschaften! Daher gilt es, auf dem Felde der Tarifverträge Umschau zu halten, dasselbe kennen zu lernen und Erfahrungen auszutauschen; kurzum, auf dem Felde der Tarifverträge muß ein christl. Gewerkschaftler zu Hause sein.

Ob nun die kapitalistische Konzentration, die Ring- und Kreisbildung, das Syndikalismus vielleicht die Wirtschaftsform bilden oder ob das Kleingewerbe mit Organisationen oder Genossenschaften sich den Platz an der Sonne des Wirtschaftslebens erobert wird oder ob die Arbeiterproduktionsgenossenschaften an Einfluß gewinnen oder ob, und wie es wohl sein und bleiben wird, mit allen Wirtschaftsformen zusammen gerechnet werden muß, bleibt formal gleichgültig. (Die Utopie des „Zukunftsstaates“ kommt ja für uns nicht in Betracht.) Zedenfalls wird bei all den vorherannten Wirtschaftsformen das Bestreben der christlich-organisierten Arbeiter sein, die Lohn- und Arbeitsbedingungen corporatio in Tarifverträgen zu regeln.

Anders ist es bei den sozialdemokratischen Gewerkschaften. Hier betrachtet man die Tarifverträge als Mittel zum Zweck. Der Widerspruch beginnt ja bekannt. Er betrachtet die Tarifverträge als Stappen, um aufzuhören zu können, um nachher umso frästiger dem

Zentraliststaat entgegen zu eilen. Ja einer törlig in Köln stattgefundene Bauarbeiterversammlung sprach der Genosse Ruth: "Wo wir stark genug organisiert sind, da geben wir nichts um Tarifverträge, da können wir ohne das Bestehen von Tarifen weiter Tariffe binden und auch nach Hibern uns an der Eröffnung unseres Endzwecks. Wir werden nicht herren, bis das wir die verlotterte fürgewisse und kapitalistische Gesellschaftsordnung gestutzt haben!!" Es ist bezeichnend, dass Ruth dieses ausprach, zu einer Zeit, wo in Köln jeden Tag die Generalaussperrung erfolgen konnte. Allerdings hinderte dieses den Genossen Ruth nicht einige Tage später über die Röpfe der Mitglieder hinweg einen Satz zu hören, welcher den Verdacht erhob, dass Stadt einstamt, falls es verwundeten Gewerken keine Einigung erzielt wird, eine Generalaussperrung vorzunehmen. Wir könnten also nur die Tarifverträge von unserem Standpunkt aus betrachten. Beim Befreien des Sozialdemokraten Stephan werden wir Vorsicht walten lassen müssen. Nun zu der ersten Frage, ob mit anders, als durch Stumpf und Waffengewalt vorwärts kommen können und zwar, wie

parte Organisationsvorstand. Dann der Arbeitgeberchaft resp. der Arbeitgeberorganisationen eine faire, leistungsfähige und disziplinierte Arbeitersorganisation gegenübergestellt werden, dann braucht man keinen Kampf und kein Zoffengeschebe anzuwenden, um die bestätigten Forderungen zur Anerkennung zu bringen. Das Unsehen, die Stärke und Weitläufigkeit der Arbeitersorganisation wird weit mehr als ein Kampf. Bei der Erneuerung des Cölnner Arbeitsvertrages erklärte der Vorsitzende der im alten Beratungs-Vorgehensweise eingesetzten Kommission, Bauschmiedewerke Brügel: Wir sind mit dem alten Tarif zufrieden gewesen. Die Arbeitersorganisationen haben denselben, wo er nicht innehaltbar wurde, durchgeführt. Der Tarif hat zur Gründung des Baugewerbes beigetragen, auch ist die Schuhkonföderation zurückgedrängt. Auf die Frage eines unserer Kommissionärsmitgliedes, ob der Tarif auch erzieherischen Einfluss auf die Arbeiter gehabt habe, berichtigte Herr Brügel dieses. Der Tarif, sagte er, hat auch erzieherisch auf die Arbeiter gewirkt. Manches hat sich gebessert. Mit dem Einheitslohn haben wir gute Erfahrungen gemacht. Wir sind daher bereit, wieder einen Tarifverhältnis einzugehen. — Der Tarif hatte über zwei Jahre hinaus und die Organisationen hatten Zeit gewonnen, denselben bei allen Unternehmern zur Anerkennung und Durchführung zu tragen. Auch waren die Organisationen Zeit, die Mitglieder zu jucken und die Organisation auszubauen. Mit dieser Ansicht der Organisationen unterschreibt zu den neuen Belehrungsverhandlungen herum. Dieses verhinderte die Unternehmer, den betriebsen Betriebsräten und Ausschüssen der Arbeiter Delegierung zu tragen und es wurde ohne Kampf und "Kompromiss" ein weiter sehr günstiger Tarif abgeschlossen. II. a. Innen : Zahl auf zwei Jahre von 10 Prozent erhöht und die Mindestzeit von 10 auf 9½ Stunden gestrichen. Da darüber hinaus jetzt durch einen kleinen Kampf das Einsehen der Organisation und damit der Zwischenprüfung erreicht werden. Da die Unternehmung im Schuljahr 1908 zunächst keine Tarife aus bestimmten Gründen einsetzen lassen wollen, so war eine längere Laufzeit noch vorausgesetzt. Die Hochgebote sind fast über die Tarifdauer und noch nicht klar, welche planen sich ja noch nicht plaudern, die Tarife abstimmen zu können, damit das mangelnde Einsehen des Zwischenprüfers erreicht wird. Man bedenkt, im Zwischenjahr des Schuljahres kann nur eine kurze Tarifperiode eingesetzt werden müssen. Das Einsehen muss in jedem Fall vom Komitee, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer stimmen. Jetzt der Tarif steht, die Organisationen setzen die Tarifperiode zu zweitem Schuljahr 1908 und darüber hinaus fort, während sonst ohne Tarif und Zwischenprüfung leicht verfallen würden. Um diesen Zweck, die Zwischenprüfung, in die zweite Schuljahr zu bringen, von Tarif-Nachrichten kann man bestimmt nichts tun. Denn das Komitee kann diese Nachrichten nicht auf die ganze Unternehmung ausbreiten, sondern nur auf die Stadt und den Kreis und das Land. Es ist unmöglich, dass der Tarif-Bericht über die Tarifperiode und die Zwischenprüfung und die Unternehmung verbreitet werden kann, wenn es zu keinem Tarif kommt und entsprechend nichts passiert. Der Kampf zwischen Arbeit und Unternehmer kann in diesem Sinne verhindert werden. Die Zwischenprüfung muss bestimmt sein, kann nicht anders. Es kann nicht bestimmt werden, ob die Tarif-Nachrichten in den Jahren 1908 und 1909 bestimmt werden.

er daint weiter kommen, als durch die gesunde Vernunft ohne Kampf", ist noch fraglich. Sind in Tarifbezirken, wie z. B. in Senften und Oberfeld-Beritten, Erhöhungssätze eingeführt, dann ist ebenfalls die Tarifverbreitung ein leichteres ohne Kampf, als mit Kampf. Je länger da die Tarifdauer ist, desto größere Ausbreitung wird das Tarifwesen erhalten; natürlich allzu lange Fristen können auch schaden, im Baugewerbe würden 3-4 Jahre am zweckmäßigsten sein. Sollten unvorhergesehene teure Zeiten eintreten, kann bei einer eingehenden Begründung und objektiven Verteilung trotz bestehendem Tarife eine Steuerungszulage gewährt werden und dieses wird umso eher möglich, je mehr sich beide Parteien vom Gesamtinteresse leiten lassen und desto mehr das Vertrauen dem Tarifwesen steigt. Sedenfalls muß der einjährige Abschluß von Tarifvereinigungen als Unfall bezeichnet werden, denn wenn jedes Jahr das Gewerbe beunruhigt wird, kann es kein Vertrauen zu einander geben.

Die dritte Frage, werden wir ohne Kampf bei langfristigen  
Krisen weiter kommen? Da ist die Antwort schwieriger. Würde  
nicht so viele unaufgeklärte, egoistische, sowie unorganisierte  
Gewalt geben, dann wäre die Frage schnell beantwortet. Mit  
seinen Umständen muss man eben rechnen; in der Regel ist es doch  
was man sich mit großen Mühen und Opfern erwirbt, an dem  
man seine besondere Freude und Hoffnung an den Errungenen fest-  
setzt, gilt auch besonders für die Tätsigkeit der Organisationen.

es gilt auch besonders für die Loyalität der Organisationen. Im Abschluß von langfristigen Tarifverträgen ohne Kampf bedarf ganz gewiß einer gewilligen Ausklärung, um die Kollegen an Organisation zu fesseln. Ein anderen Falle würde die Rauheit treten, wodurch die Arbeiterschaft ihre erworrene Position verlieren würde; zwar können wir heute schon sagen, die Mehrheit der Kollegen hat das Wesen der Organisation erfaßt, ihre Organisationskraft ist bekannt. Diese Kollegen würden auch bei langfristigen Tarifverträgen, die ohne Kampf abgeschlossen, der Organisation treu bleiben und dieselbe auszubauen suchen. Für die indolente Arbeiterschaft ist die Durchführung der Tarife eine immerwährende Erinnerung an die Organisationszugehörigkeit. Die Unternehmer müssen ja leicht Anlaß, den Tarif zu umgehen, was die Arbeiterschaft auf den Plan rüft. Ein gutes Mittel, die Kollegen an die Organisation zu fesseln, ist auch der Abschluß von Staffeltarifen, d. h. Tarife, wonach nach Beitägschritten eine Erhöhung des Lohnes erfolgt. Der erhöhte Lohn wirkt agitatorisch auf die Mitglieder, also die jedesmalige Durchführung des gesteigerten Tarifes. Durch

... so die jedesmalige Durchführung des gestellten Tarifes. Durch  
fristige, ohne große Opfer abgeschlossene Verträge kann der  
eine Aufbau der Organisation besonders gefördert werden; man  
kann mit einem, wenn die vielen Streikgeber in anderer Unter-  
zungsform den Arbeitern zugute käme! Dieser Formen gibt es  
sehr manigfache und das fesselt jedenfalls die Arbeiter mehr an  
Organisation, als wenn dann und wann ein Streik geführt  
wird. Aus dem Gesagten geht zweifellos hervor, daß unser Drachen  
in gerichtet sein muß, ohne „Kampf und Waffengetöse“ die Gleich-  
heitigung der Arbeiter durch Abschluß von Tarifverträgen zu  
erreichen. Hierbei wird ja jeder Fall, für sich betrachtet, reich-  
undert werden müssen, auch wird es ja wohl noch etwas einen  
Kampf mit unseren Gegnern kosten. Dieses kann uns aber nicht  
halten, das, was wir für richtig und gut erachten, auch durch-  
ihren.

## Ausgabe.

Verband christl. Bau- und Steinarbeiter Österreichs.  
zlich konnten wir melden, daß die christliche Bauarbeiterchaft  
Schweiz sich einen Verband gegründet habe. Nun kommt  
dieselbe Kunde aus unserem Brüderlande Österreich. Auch  
hat man den großen Wurf getan, und hoffentlich gelingt  
Es dem Schreiben heißt es, daß der Verband längst ein  
ürnis gewesen sei. Die Sozialdemokraten, die bisher auf  
em Gebiete die Auffälligkeit hatten, übten einen unglaub-  
en Terrorismus im Parteinteresse aus, und die organisierten  
stlichen Arbeiter wurden ihnen getadelt zu zugetrieben. Neben-  
trieb man mit den Interessen der Arbeiter einfach Schind-  
er, wie noch kürzlich die Vorgänge in Wien bewiesen haben.  
Zentrale des neuen Verbandes ist in Innsbruck. Wir  
schen dem neuen christl. Brüderverbande, der sehr glänzende  
sichten hat, umso mehr, da im roten Lager die Scheidungs-  
e am Birken sind, ein recht kräftiges Blühen und Gedeihen.

Der christliche Metallarbeiterverband hält in den Tagen 2. bis 5. September in Aachen seine von 62 Delegierten geschie 4. Generalversammlung ab. Die Entwicklung des Bruderverbandes, dessen letzte Generalversammlung im September 4 in Dissenbach am Main stattfand, ist sehr zufriedenstellend. 4 hatte der christliche Metallarbeiterverband in 205 Ortsgruppen 10 000 Mitglieder und verfügte über einen Vermögens- und von rund 57 000 M $\ell$  in der Hauptkasse. Am 1. Juli 3, dem Schlusstage der Berichtsperiode, hatte der Verband 325 Ortsgruppen 23 541 Mitglieder und ein Zentralkassenvermögen von 178 104,35 M $\ell$ . Die Gesamtzahl der neu gegründeten Ortsgruppen betrug 205, der neu aufgenommenen Mitglieder 27 615. Leider gingen 85 der neu gegründeten Ortsgruppen wieder ein, und traten 14 075 der neu gewonnenen Mitglieder wieder aus. Diese Erscheinung, so bedauerlich sie indem sie eine große Menge verlorener Kraft, Zeit und Kapital repräsentiert, ist bei allen Verbänden, auch im gegenseitigen Lager zu verzeichnen. Als Hauptursache dürfte sie in beschrankten Zahl freigestellter Agitationsbeamte und in Erhöhung des Wochenbeitrags von 30 auf 50 Pf., welcher der Einführung der Erwerbslosenunterstützung notwendig war, ihre Erfüllung finden. Die Gesamtentwicklung des christlichen Metallarbeiterverbandes ist, prozentual berechnet, besser als des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in der gleichen Zeiperiode. Die Annahme des Kassenvermögens bei beim sozialdemokratischen Metallarbeiterverband nur rund 2 Prozent, beim christlichen Metallarbeiterverband stark 200 Prozent. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband steigerte seinegliederziffer um rund 60 Prozent, der christl. Metallarbeiterverband um fast 130 Prozent. Der Verband war in der Berichtsperiode sehr stark durch Streiks in Anspruch genommen. Von der

vor liegt ja ein durchschnittliches in Anspruch genommen. Von der Anzahl der Betriebe, welche sich auf rund 345 000 M. bezifferte, den 161 000 M. oder 47 Prozent allein für Streiks und Abegelungen veranschlagt. Mit Rücksicht auf die bei Eintritt der Krise, aber die durch den Zusammenschluß der Unternehmer sich verdienenden Kämpfe konnten viele an die Generalversammlung gestellte Anträge, die einen Zusammensetzen des ohnedies bestehenden Verbands schwer beeinflussten Unterstützungsmaßens verhindern, keine Berücksichtigung finden. Beschlüsse wurde die Arbeitslosenunterstützung während der Dauer von 20 Wochen ersten Zage zu zu gewähren, wenn die Erwerbslosigkeit, d. Arbeitslosigkeit hervergehen würde. Bei Krankheit wird Erwerbslosenunterstützung erst nach einer Woche gezahlt. Der abg. Arbeitslosenbeitragsabzug gewährt die Erwerbslosenunterstützung erst nach der zweiten Woche. Bei dem Punkt Wiederprüfung fand jedoch eine Änderung statt, als in Zukunft minderwertigen Kollegen, die zweite Forderung abgemacht haben, ebenfalls eine Unterstützung werten, an der ersten Ortsgruppe statt. Erwerbslosenunterstützung geplant werden durften, statt bis zu 200 M. Die Ausdehnung der Erwerbslosenunterstützung Lebensmittelkäufen, der Begehrungsunterstützung aufwärts, sowie die Verlängerung der Erwerbsunterstützung wurden abgelehnt. Abgelehnt wurden auch die Anträge zur Einführung Strafverhängungen. Besprochen wurde, daß im Bedarfsfall auf Wiederherstellung eines Delegierter zur Generalversammlung zu legen, jetzt jedoch um 500. Eine ganze Reihe Anträge müssen einen höheren Prozentsatz der Gesamtanträgen, statt bisherigen 15 Prozent, den Zollstellen zu befreien, welche abgeschrägt. Das aktuelle Gesetz rief die Kürzung

die auf Versammlung von Agitationsbeamten hinzielten. Die Generalversammlung sprach sich für die Versammlung von Agitationsbeamten aus, jedoch müssen die Ortsgruppen oder Bezirksnotwendigen Mittel durch Extrabettläger ausbringen. Als Vorsitzender des Gesamtverbandes wohnte der Generalsekretär, Leopold Stegerwald, der Tagung bei. Hoffentlich behielt sich, was sich die am Schluss der Generalversammlung die einandergehenden Delegierten gelobten, nämlich bis zur nächsten Generalversammlung die Mitgliederzahl und Kasse zu verdoppeln.

Partei und Gewerkschaften sind eins. In der  
Nummer (36) des „Zimmerer“ kommt der Leitartikel d  
artige Geständnisse aus. — Wir möchten zunächst bem  
erken, bis zur Ermündung das Wort „unser Partei  
an“ gebraucht wird, ungefähr 14 mal! Es heißt i  
bezüg auf das frischere Statut: „Die zwei Worte: „po  
parteilos“ sind gestrichen worden. Eine große Bedeutung  
die niemals gehabt. Geschrieben steht es zwar nirgends  
„wir uns politisch zur Sozialdemokratie bekennen, allein wir  
uns noch niemals gescheut, immer und jedermann gegenüber  
zu hören wollte, zu sagen: „Wir erblicken in der soziale  
ratischen Partei Deutschlands unsere politische Interesse  
retung, und unterstützen sie so, wie wir können!““ Es  
leist es: „daß wir es mit dieser Unterstützung der Partei  
nehmen, beweist jede Nummer unseres Organs, beweisen  
auch die vielen statistischen Aufnahmen unter unseren Mitgliedern,  
über ihre Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei.“  
„Zimmerer“ glaubt ja selbst dann seine Schuldigkeit geto  
aben, wenn er beim Heuchlersystem Bebels, das dieser  
in Jena vertrat, gefolgt wäre. Bebel sagte damals: „Die  
Gewerkschaftsblätter und -Redner haben alle die Pflicht, wieder  
ihren Mitgliedern zu sagen: Ihr seid Arbeiter und  
solche Staatsbürgen . . . Wenn so an der Auflärung  
Arbeiter gearbeitet wird, dann mache ich n'ch in heilscher  
Gewerkschaftsblatt das ganze Jahr so zu redigieren, daß  
dort Sozialdemokratie überhaupt nicht fällt, und die  
noch Sozialdemokraten werden.“ — Legen wir das zu  
brigen in die Mappe: Die Neutralität der „freien“ Ge  
höften!

**Einen Beitrag von 50 Pf. pro Woche** für die von sechs Wochen schreibt der „freie“ Dachdeckerverband. Auch werden sämtliche Filialen ersucht, die Lokalstellen einzusenden an die Zentrale. „Schnelle Hilfe ist doppelte Arbeit!“ enthält wir uns, bemerken wir, würde der Verband dieses tun, dann rießen die „Genossen“: „die Christen haben kein Geld!“, so ist es aber etwas anderes!

Eine Ohrfeige für Genossen Hub und die „Vorwärts“ bedeutet folgende Sympathieresolution auf dem gegenliegenden englischen Gewerkschaftskongresse. Sie gilt dem  
deutschen Volke und lautet:

„Dieser Kongress, der die organisierten Arbeiter Britannien's und Irlands vertritt, drückt seine herzliche Empathie mit dem russischen Volke aus in seinem Kampfe für politische und wirtschaftliche Freiheit. Die Bauern tief den schrecklichen Verlust an Leben und die sozialen Leiden jenes unglaublichen Landes und hoffen, der Zar dem gegenwärtigen Zustande ein rasches Ende bereite durch die Bewilligung der Forderungen des Volkes durch die Gewährung eines auf dem Grundsache der repräsentativen Regierung beruhenden Parlaments.“

Zur Begründung der Resolution sagte Cummings (der Vorsitzende): „Wir sind alle der Ansicht, daß die Resolution des britischen Gewerkschaftsvergeses ist. Obwohl uns die schrecklichen Kämpfe jenes Landes nicht überraschen, so gibt es keinen unter uns, der den dort angewandten Methoden — Bomben und Attentätern — sympathisieren könnte.“

Die Rede fand nicht den Beifall des Kongress der „Vorwärts“ verschüttet. Diese Resolution schlagender Beweis, daß der Genosse Hue, als er in die incusposaunte, die christlichen Bergarbeiter hätten auf Internationalen Bergarbeiterkongress in London für die revolution gestimmt, gelogen hat. Deutl. anders wie er auch die damalige Resolution nicht gemeint. Eßert seine Kollegen haben unfreiwillige Zeugen erhalten,

**307 000** Mark für die russische Revolution haben  
berliner „Genossen“ im letzten Jahre aufgebracht, wie  
Vorsitzende des Verbandes der Wahlvereine, „Genosse“  
Kamm, in einer Versammlung im 5. Berliner Wahlkreis  
erklärte. Im ganzen ist eine halbe Million für Unterstü-  
tzungszecke von der Berliner Sozialdemokratie aufgebracht.  
Der ödenanteil ist also den russischen Revolutionären und  
Bauernfern zugeslossen. Da in Berlin bei den letzten  
Wahlen ganze 218 238 Stimmen abgegeben sind, so entspielen  
auf jeden „Genossen“ pro Kopf schon mehr als zwei Mark.  
Natürlich zählen diese Wähler nicht alle sondern etwa nur  
die Hälfte, nämlich diejenigen, welche organisiert sind und  
daher an den Wohntagen alsbald ihren Anteil an die schon  
zehnend Kassierer der einzelnen roten Organisationen  
abzuliefern genötigt werden. Somit kann man durchschnittlich  
2 Mark auf den Kopf rechnen, welche allein für Unterstü-  
tzungszecke, vorwiegend für die Verbrennerbänder in Russland  
der „Genossen“ aufgebracht wurden. Wenn's heißt zahlreiche  
deutschen Arbeiter, die wegen der albernen Mäuseier  
verhaftet wurden, oder wenn den Buchbindern wegen  
des Engels der Kampf über ganz Deutschland verloren  
hatte, einen Ursprung hatte in der Mäuseier, ja, dann brüllt sich  
die moderne „Arbeiterpartei“. Mäuse hat man zu zahlen.

In Breslau liegen sich die sozialdemokratischen Gewerkschaften in den Händen. Eine Anzahl Mitglieder des „freien“ Bauarbeiterverbandes hat diesem den Rücken gekehrt und eine „realistische“ Organisation, die „Freie Vereinigung“, gegründet. Noch liegt nun ein wahrer Steinbogel zwischen den beiden Brüdern hin und her. Wie das gewöhnlich so geht, sei im Streit geraten und das Blut zu tropfen freigt; ja es ihrem Herzen keine Mördergrube mehr, sondern weite geheimsten Sünden gegenseitig an den Stoss. Die „Freie Vereinigung“ behauptete, der alte Verband hätte Lautensack-Mitgliedern, die nur zwangsläufige „der Organisation“ unterwarf, spielt nun der alte Verband den gleichen Trampf ab: Was ihr sagt das stimmt; oder alle, die ihr uns weggerufen, waren gerade solche faule Zwangsmitglieder. Wörtlich in der Erwiderung des Bauarbeiterverbandes:

Betrifft die Behauptung, daß die Mitglieder der Vereinigung im Innern besser organisiert sind als die Zionsgruppenmitglieder der Zentralorganisation hätten, wir zu erinnern, daß alle Bauarbeiter, die sich jetzt der Freien Vereinigung geschlossen haben, bei uns aus Zionsgruppenmitgliedern waren. Wir begründen das darum, daß diese Leute ja durch unbestimmte Delegierten zwingungsweise dreimal oder viermal in die Organisation getrieben worden sind. Ferner haben wir die Urtheil, daß alle diejenigen Mitglieder der Freien Vereinigung, sozialdemokratischen Partei Mitglieder sein sollten, ebenso aus Zwang über organisiert, aber niemals aus Liebe und Aufopferung.

ist ja immer mit Zwang und abermals Zwang! Das ist nicht sehr weit entfernt von Gemeingeschäftlichkeit. Es ist Wahrheit nichts über sozialdemokratische Freiheit! Und man kann dann Agitationen. Dieses famose Geständnis hält sich zudem aber auch recht unpraktisch am die Ohren, wenn es der Korrespondenz-Blätter schrieb, daß die „freien“ Männer am stärksten zunehmen. Tatsame daher, daß die Männer Arbeiter bereits beginnen, verunsichernd. Da hat man die „Bermunt der Zwangsfacte“!

\* \* \*

**Derne Wasserbauten.** Eine gewaltige Talsperre wird geplant. Das Projekt ist von der Regierung schon und dieses daher in nicht zu ferner Zeit seiner Verwirklichung entgegen. Im Kreis Soest (Westfalen) zwischen Arnsberg, Recklinghausen, Soest und West, liegt das Wassersammelbecken der Niedersächse von über 400 Quadratkilometern, wobei die Menge seines jährlichen Zuflusses ungefähr 250 Millionen Kubikmeter. Diese Wassermenge und mit den Mitteln der modernen Technik der Industrie gemacht werden. Die Pläne über die Unzulänglichkeit bestehender der Flüsse und der meisten Flüsse des Sauerlandes, insbesondere die letzten trockenen Sommer, und damit die beteiligten Unternehmungen schwere Schädigungen. Das Nutzungsgebiet besteht aus schon 8 Sperrern mit einem Inhalt von ca. 80 000 000 Kubikmetern, eine neue, die Sperrte ist im Bau und wird noch 3 000 000 Kubikmeter ungünstigem Wasserstande genügen diese Werke überdeckung des Gebietes. Mit der neuen Wasserversorgung will es ein Ende zu machen. Die größte bestehende Sperrte ist des Urtaltes in der Eifel, fügt 45 Millionen hinzu. Der Stauinhalt der Mohnealsperre wurde von Staatsbaumeister Eim, der nach dem verhängnisvollen Sommerbericht prüfte, auf 118 Millionen Kubikmeter veranschlagt, wäre also mehr als 2½ mal so groß wie der des Urtaltes. Eine neue Wasserleitung soll nach dem Projekt eine Grundwasserleitung von fast 1000 Hektar umfassen. Die Sperrmauer muss, um den Wassermassen standhalten zu können, gewaltige Anstrengungen anstrengen und zugleich langfristig standhielt werden. Sie soll 40 Meter, ihre Höhe am Fuße 31 Meter, an der Mauer, der Gesamthöhe also über 200 000 Kubikmeter betragen. Um sie ganz auf festen gesunden Felsboden zu können, muss man das Betonfundament an einen bis zu 9 Metern tief vergraben. Die Gewinnung und der Transport des Materials würde sich verhältnismäßig einfach da die nahen Berge genug davon bieten. Man veranschlagt ein Bruttowert von fast 60 Millionen Mark und für die Bauarbeiten 6 Millionen, so daß die Gesamtkosten an einem Markt herankommen werden. Amortisation und Zins der Anlage sind auf über 800 000 Mark jährlich vorgesehen. Am Fuße der Sperrte soll eine Staustation für die Pferdestärken angelegt werden. Für die Rentabilität genügt in Betracht kommen, daß eine Anzahl benachbarter Städte Düsseldorf, Arnsberg, Unna, Hamm und zahlreiche andre Dörfer am Haarstrang ihren Wasserbedarf ganz aus der neuen Sperrte decken wollen, was durch die für das Gesäß glückliche Lage erleichtert würde. — Mit längst geplanten Oberwasserperr im Fürstentum wird nun demnächst zu bauen begonnen werden. Die Bauarbeiten für die Oberwasserperr sind vergeben worden. Die beiden, Berlin und Bremen, werden vollständig und die beiden von Niedersachsen und Westf. teilweise von der Bildung.

## Bürokratische Bewegung.

von Maurern und Bauhülfsarbeitern ist fernzuhalten. In Lippstadt, Düsseldorf, Düsseldorf, Wiesbaden, Berlin, Bremen, Bielefeld (Sizilien), Nürnberg, Kürschwinkel (Ausstellung), Siegen, Neunkirchen an der Saar, Schwelm (partielle Streiks). Die Stukkateure streiken in Gladbeck, Herten und Mülheim a. d. Ruhr. Die Dachdecker in Braunschweig und Recklinghausen. Im Siegerländer Siegen noch Bewegung in Weisweiler, Weidenau, und Umgegend. Geplant sind in Opladen für Maurer und Hahn & Wahle und Rhein.

### Bezirk Hannover.

Hannover, den 5. September. Die Lehren des Lohnkampfes erweisen, war das Thema einer am vorigen Dienstag im Bürokratenschauflage liegenden Versammlung der roten Bauarbeiter Hildesheims. Der schwere Kopf und jegige Bürokramthaus, Genosse Evers, der mit soithen Versammlungen sich Geldverteidigung kreist, mischte sich ab, in einem kurzen Vortrage seinen Bahnhof weiß zu machen, daß die politischen beim letzten Streik einen unglaublichen Vertrag an die Arbeitnehmer sich haben zu Schulden kommen lassen. Das äußerte bei dem Vortrage vor dem großen Raum des Büros, seine Bedenken nur leicht. Stand denn so kaum man in dieserart zur Verfügung, der am Streik beteiligt geblieben, Bergung desselben kaum könnte? Der Genosse Evers, der sich doch bei seinen Ausführungen auf Hörerjagden und vor Hörerjagden lebt, man bestimmt lügen, wenn die Gauleiter Barnstorff und Bringmann, die doch Kommissionsverhandlungen leugnen und den Streik haben! Zu ihrer Ehre soll angenommen werden, daß sie im Tone Evers aufzutreten. War es doch der Gauleiter, der in einer der letzten Kommissionssitzung erneut 12 wöchigen Kampf kündigte von einem vollendeten Sieg nicht mehr die Rede sein; es sei Zeit, daß man im Hause von dem stolzen Ross heruntersteige und bei der Unternehmer annehme. Hierdurch hat er sich verteidigt. Was soll das Gesetz von dem christlichen Arbeitgeber zu bewegen, daß er die Arbeitnehmer zu bewegen? Dafür sollten die politischen Streitkräfte berücksichtigt, die zu Hörerjagden zu bewegen. Dafür sollten die politischen Streitkräfte berücksichtigt, die zu Hörerjagden zu bewegen. Rediglich der vernünftigen Taktik Christlichen ist es zu denken, wenn die Bauarbeiter Hildesheim vom 1. September mit 20 Pfsg. und vom 1. mit nochmals 20 Pfsg. mehr pro Tag zu rechnen. Es ist auch den Genossen, dann kam die bestimmt Alles-zeit der Sozialdemokratie in Awendung und nicht als Politik gewesen. Wenn man den Christlichen den Bauarbeiter nicht oder seinem Unternehmen Nachsprache geben kann, so sei die sozialdemokratische Streitkraft nicht, daß in der letzten Kommissionssitzung ihnen vom Bürokratenschauflage unter die Haie gerieten. Die Verhandlungen im hannoverschen Bürokratenschauflage, daß auch sie dabei gewesen seien und Nachsprache nicht mit ihm genommen hätten! Dazu ist bei andern nun selbst kein Platz zu tun. Das zu den Auswirkungen auch die Genossen Bawinger Binswanger und Co. dazu gehen, in Selbstverhandlung und nicht zu verhindern erzeugt ein missliebiges Büchlein, wenn in einer demokratischen Freiheit Agitation den Christlichen einbereitet werden soll. Aber, die Herren müssen sich eingangs eine Rahmenbewegung hat wiederum beweisen, politischen Gewerkschaften ihren Weg zu finden müssen, in Zukunft einzuhören, bei den politischen Fragen einzuhören, so sie wollen sogar die erste Geige spielen. Auf Wichtigkeit die Mitglieder der freigemeinschaftlichen Gewerkschaften Hildesheims geprägt werden, zeigt der 31. des „Bimmerer“ Organ des freien Bimmerer. Das heißt es auf Seite 222: Am 11. Juli wurden an einer Sitzung eingeladen, in dem Sitzung der

Arbeitgeber eine Erklärung abgegeben wurde des Inhaltes, ob 1. Januar 1907 die Höhe der im Hildesheimer Baugewerbe beschäftigten Personen um 5 Pfsg. pro Stunde zu erhöhen. Ein weiterer heißt es dann: In einer Kommissionssitzung stellte es sich heraus, daß die Christlichen eine besondere Versammlung abgehalten und beschlossen hatten, ihre Forderung von 5 Pfsg. auf 3 Pfsg. zu reduzieren. Was will der „Bimmerer“ hiermit sagen? Er will seinen Mitgliedern weismachen, die Unternehmer hätten 5 Pfsg. zugesagt, aber die Christlichen mit ihrem Beschlusse hätten dieses vereitelt und sich mit 3 Pfsg. begnügt; also Verwirrung der Mitglieder, Verfehlung der Wahrheit ist das Ziel. Tatsache ist, daß die Unternehmer erst 3 Pfsg. und dann 4 Pfsg. in zwei Stufen zugestanden haben. Die besondere Versammlung der Christlichen spricht auch nur in der Phantasie der Berichterstatter des „Bimmerer“. Wenn die Herren beweisen können, daß die Unternehmer eine Lohnerhöhung von 5 Pfsg. zugestanden, dann zahlt die hierige christliche Streitkraft 50 Mark in die Armentasse, wenn nicht, dann müssen sie so viel Chorgesell besitzen und widersehen. Zu bedauern sind nur die Mitglieder, die auf diese Weise über den Kopf gehoben werden.

## Verbandsnachrichten.

**Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkomnisse** senden man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Ihre kurze Mitteilungen können noch Dienstag morgend für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

### Stukkateure.

Necklinghausen, 6. September. Am Montag, den 3. September, fand in Necklinghausen eine öffentliche Stukkateurversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht der Lohnkommission über die stattgefundenen Verhandlungen mit den Arbeitgebern; 2. Beschlussfassung über die getroffenen Vereinbarungen. Sollte ge häuschen berichten über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern und wie es der Kommission dann gelungen sei, nach mehrständigem Handeln die schon in Nr. 38 der „Baugewerkschaft“ erwähnten Positionen zu vereinbaren. Mit dem Ergründen erklärte sich die Versammlung in der Majorität einverstanden. Auch die anwesenden frei organisierten Kollegen erklärten sich mit den Erfolgen voll und ganz einverstanden. Es ist aber notwendig, hier die Tatsit der Genossen einmal zu betrachten. In Necklinghausen hat nur die christliche Organisation eine Bahnhof, es sind aber einzelne frei organisierte am Platz, welche stets mit zu den Versammlungen hinzugezogen wurden. Nun ist aber der Arbeitgeberverband auch auf die Umgegend von Necklinghausen, Recklinghausen und Herne, Herten, Bausen usw. ausgedehnt. Unsere Kollegen traten nun an die Herne Genossen, welche dort eine Bahnhof mit einigen Mitgliedern haben, heran, daß dieselben sich ebenfalls der Bewegung anschließen sollten. Zu der am 23. August stattgefundenen Versammlung war der Beitragsaggregator Genosse Beilmann aus Bockum anwesend, der sich mit allen Bahnen des Herzens dagegen sträubte, daß die Herne Freiheitlich an einem eventuellen Streik beteiligen sollten, weil die Bahnhofe noch kein Jahr bestehen. Nun muß man aber weiter in Betracht ziehen, daß man für Herne allein unmöglich an eine Bewegung denken kann, es war also die beste Gelegenheit, auch für Herne etwas zu erzielen, zumal die niedrige Arbeit doch in Recklinghausen war. Also das nennt man Arbeitgeberinteressen-Berichtung. Man in anderen Städten, Bremen, Essen, vielleicht die christliche Organisation gefragt, ob dieselbe schon ein Jahr besteht? Nein, die müssen mitmachen, sonst sind es „Arbeitervertreter“, aber so, ja Bauer, das ist ja was anderes! Die Wut über den Erfolg der christlichen Gewerkschaft (auf friedlichem Wege einen solchen Erfolg erzielt zu haben), läßt sich denken, zumal man schon vorher in allen gegen die Christlichen gehetzt und allerlei breite Behauptungen ausgeschleudert hatte, so z. B., die Christlichen hätten ihren eingetragenen Tarif wieder zurückgezogen, daß könne man machen, wie sie die Arbeitnehmer jetzt vertreten. Den besten Beweis für unser richtiges Verhalten geben die freien Kollegen von Necklinghausen selbst, indem sie, wie oben erwähnt, sich voll und ganz mit dem Erfolg einverstanden erklären. Unsere Kollegen haben aber auch einsehen, daß man nicht durch große marktschreierische Worte und Neden Arbeitgeberinteressen vertreten, sondern durch praktische Arbeit, wie sie der christliche Verband erledigt.

Britton, 26. August. Nicht eigentlichliche Verhältnisse haben wir in Britton zu verzeichnen. Dort hatten die Kollegen eine Abegung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit den Arbeitgebern herbeigeführt, denen sich zwei Arbeitgeber nicht angeschlossen haben. Unsere Kollegen sowie die Bezirksleiter haben nun alles versucht, auch diese Arbeitgeber von dem Nutzen eines Tarifvertrages zu überzeugen. Allerdings, wenn man aus dem Munde solcher Arbeitgeber hört, welche Ansichten sie von der Organisation und ihren Bestrebungen haben, dann kann man es verstehen, weshalb sich dieselben auf einen ablehnenden Standpunkt stellen. Erklärte doch der Arbeitgeber Hillebrandt von dem man allerdings nicht weiß, ob er Unternehmer oder Zwischenmeister ist, dem Bezirksleiter folgendes: „Wir, die christliche Organisation, hätten nur den Zweck, die Arbeiter zu vertreten und dieselben zu Sozialdemokratien zu machen, und am besten Gänzen gingen in den Verband, die tüchtigen Arbeiter hätten ja nur Schaden dadurch, daß sie sich organisiert.“ Er bezogte ja den Lohn, aber er wolle sich nicht zu engen lassen. Die Stellung dieses „Herrn“ ist zu verstehen, wenn man bedenkt, daß er wegen Reichsverfassung des Tarifs schon längere Zeit gesperrt ist, und nun mit 4-5 „Reichsräten“ drei Bauten fertigstellen muß. Ein weiteres Hilfsmittel besteht darin, daß er sich 5-6 Lehrlinge hält. Sind diese nun so weit, daß sie als Maurer bestehen können, so werden sie, wie das schon geschehen, von den organisierten Kollegen aufgeklärt und verlassen dann zum größten Vergnügen des „Herrn“ die Arbeitsschule. Am Mittwoch, den 22. 8. 1906, fand nun dieser Bauten nochmals eine Versammlung statt. Daraufhin wurde die Versammlungslast, Helmuthstraße 4 (2 Minuten von der Bergschule entfernt) statt. Die nächste Versammlung ist am 11. September, abends 8 Uhr.

Oliva, 28. August 1906. Bisher haben alle Agitationsmethoden der sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht vermocht, die Olivaer Kollegen auf ihre Seite zu bringen. Auch die Offenheit auf sich zu lenken, wie anständig man ist bei Begründungen von Genossen“ u. s. w., ist mißlungen. Denn man kommt bei einzigen Genossen“ mehrere Tage nach der Verdigung noch die Spuren von abzüglich vergessenen Tränen bemerkten! Deshalb ist man jetzt auf eine andere Methode gekommen, und zwar nach dem Muster der russischen Revolution! Am Montag, den 27. August, erschienen die „Genossen“ (Maurer) Edward Bimmerling, Paul Röbel, Kühne und Müller (die beiden ersten aus Oliva) in Boppo an dem Bauhaus des Baugewerksmeisters Dörr in der Langenstraße. Da es gerade regnete und die dort arbeitenden Kollegen in der Baubude waren, so legten die vier Freiheitskämpfer mit Hochdruck, jedoch mit fallender Stimme, ein in die „Befreiung“ unserer Kollegen. Als sie sahen, daß es nichts fruchtete und unsere Kollegen sie noch ausschlugen, da ging man zum Schimpfen und drohen über einer der Genossen zog das Messer und erklärte einem Kollegen gegenüber: „Nun muß du werden, wenn nicht so, dann so!“ Als nun der Polizei sie aufforderte, die Bautude sowie Bauplatz zu verlassen und sie dieser Auflösung nicht Folge leisten, wurden sie auf die Straße gebracht. Von dort aus waren sie mit Siegeln nach dem Polizei und die Schimpferei ging von neuem an. Man schien im Schimpfen recht gewandt zu sein, so daß man der Meinung werden könnte, als hätten die drei Männer sich zuvor ausgespielt einen Skandal im Schimpfen mitgenommen. Gegen diese „Freiheitskämpfer“ in Sitzung gestellt, sie werden sich nun zu verantworten haben. Es ist weit gekommen mit den Genossen von Oliva! Alle haben die man ansteckt, um die verdammten Christlichen, wie man sich ausdrückte, aus dem Sessel zu heben, haben sich an dem festen Sitz derselben als unbrauchbar erwidert. Daher ist dieses ein schlimmes Ding, denn man kann sich leicht ein Blasen auf Rumäniischer verpasst und oberdrein haben dennoch die bösen Christlichen den Polizei! Die Kollegen von Oliva rissen mir aber zu, sich mehr wie die der Agitation zu widmen und nicht eher zu rufen, bis der letzte Mann in unsere Reihen ist. Die Erfolge, die wir in diesem Jahr zu verzeichnen haben, liefern uns Material genug, um den Rumäniendritten den Mund zu stopfen. Also auf zur tapferen Arbeit!

Kassel, 3. Sept. Nachdem im April dieses Jahres hier eine Bahnhof des Verbandes der christlichen Bauarbeiter gegründet wurde zum ersten Vorsitzenden E. Stellmacher zum Vorsitz und ersten Schriftführer C. Richter gewählt. Durch eifige Agitation ist die Mitgliedszahl auf 49

mission verhantelt. Die Arbeitgeber erklärten das Vorgehen der Genossen als Tarifbruch des kaum abgeschlossenen Vertrages. Die Genossen stritten Herrn Odenthal die Eigenschaft eines Unternehmers ab und wollten denselben nur als Geschäftsführer der Stettiner Firma gelten lassen, da dieses die einzige Möglichkeit war, das Vorgehen bei Odenthal, der die tarifmäßigen Löhne zahlte, zu entschuldigen. Unsere Kollegen beantragten den Obmann der Arbeitgeber-Kommission entscheiden zu lassen. Der bei Abschluß des Vertrages vorgesehene Obmann lehnte das Entwurf ab. Es wurde einstimmig Herr Baumgardt gewählt. Derselbe hat in durchaus unparteiischer Weise seines Amtes gewaltet. Die gegenwärtige Aussprache genügte dem Bauarbeiter nicht, sondern er ließ sich die Verträge zwischen der Stadt Köln und der Stettiner Firma, sowie zwischen der Stettiner Firma und Odenthal vorlegen. Am 2. August füllte der Obmann dann folgenden Schiedsspruch: Sie (die „freie Gewerkschaft“) hatten die Verpflichtung, sich vor der Arbeitseinstellung genaue Aufklärung über die tatsächlichen Verhältnisse zu verschaffen, sie haben sich durch die Arbeitsniederlegung ins Unrecht ge stellt, und es liegt zweifellos Tarifbruch bei ihnen („freie Gewerkschaft“) vor. Er hebt besonders hervor, daß es anzuerkennen sei, daß, nachdem Einspruch erhoben, die Arbeit wieder aufgenommen sei, und ermahnt die Parteien, bei vor kommenden Streitigkeiten stets die Schlichtungskommission anzu rufen. Die Genossen haben also den kaum einige Tage bestehende Tarif gebrochen. Das bedauerlichste dabei ist, daß durch solche Tarifkommissionen das Vertrauen zu dem Tarifreiten erschüttert wird und sich immer mehr Gegner finden. Christlich Organisierte können bei der Arbeitseinstellung nicht in Frage, da Herr Odenthal zufriedig ist, daß unsere Kollegen ihrer Überzeugung willenlos gemacht werden, wie das der Prozeß gegen Damme und Apelbaum gezeigt hat.

St. Johann-Saarbrücken. Am Dienstag, den 28. August, tagte in dem Vereinslokal bei Berger, Helmuthstraße 4, eine Mitglieder-Versammlung, die schlecht besucht war. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag von Kollege Brendel, 2. Wahl dreier Delegierte zum Kartell, 3. Verschieben. Kollege Brendel behandelte in seinem Vortrag: „Die wirtschaftliche Bedeutung und Berechtigung der christlichen Gewerkschaften.“ Er führte in kurzen Zügen den Anwendenden die großartige wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, die „christliche Fortschritte“ in der Industrie, im Handel, Verkehr und Landwirtschaft vor Augen. Durch guggewähltes Schlemmaterial gab er den Kollegen zu bedenken, welche Hilfe von Arbeitsträger und Arbeitsleistung die Maschinen und sonstigen technischen Hilfsmittel repräsentieren. Auch zeigte er ebenfalls durch statistisches Material schrift die Stellung des Arbeiterstandes innerhalb dieser Entwicklung; so gab er auch unter anderem bekannt, daß die Lebenshaltung einer vierköpfigen Familie vom Jahre 1900 bis 1904 um 44,10 M. gestiegen ist. Im Jahre 1904 lebten 1106,98 M. notwendig gewesen, um nach den niedrigsten Marktpreisen gerechnet, eine vierköpfige Familie ernähren zu können. Auch gab er bekannt, daß laut einer amtlichen Statistik der Pferdeschlachtung im ersten Quartal dieses Jahres ein bedeutend höherer war, als im ersten Quartal des Jahres 1905. Da, daß sogar in Deutschland noch Hundeschlachter unter der amtlichen Fleischbeschau zu verzeichnen und ebenfalls im Bruch nach dem Vorjahr gestiegen sei. Er meinte, und wohl auch mit Recht, daß diese und noch verschiedene andere von ihm bekannt gegebene Beispiele uns am deutlichsten die wirtschaftliche Lage des Arbeitstandes zeichnen. Gedankt auf die Stellung des Kapitals und der Großindustriellen-Betreibungen bei dieser wirtschaftlichen Entwicklung zu sprechen. Genauso durch treffliche Statistik lieferte er den Beweis, daß das Großkapital hierbei nicht zu kurz gekommen ist, es sei nur auf die Gewinne einzelner Gesellschaften hinzugezogen, die 60-70, ja sogar 100 Prozent Dividende verteilen. Auch der Umstand, daß sich in Preußen die Zahl der Millionäre in den Jahren von 1895 bis 1906 um die Hälfte vermehrt habe, beweist, daß es ein bestimmter Menschentreis verstanden habe, den Löwenanteil unserer Kulturgüter um sich zu teilen. Zum Schluss meinte Kollege Brendel, dieses Angehörige zeige uns sehr deutlich, daß die Errungenheiten der Arbeiter und Großkapitalisten sich nicht untereinander vergleichen lassen, ein besserer Ausgleich müsse geschaffen werden, und dieses könne am besten geschehen durch eine gewerbliche Organisation nahezu eine solche, die sich nicht mit Massen- oder Generaltreits-Zeitung abquält, die nicht den Klassenkampf predigt, sondern eine solche, die praktische Arbeit leistet, als solche können nur die christlichen Gewerkschaften in Frage kommen. Bei Punkt 2 wurden die Kollegen Ludwig Baumeister, August Müller und Joh. Brendel als Delegierte zum Kartell gewählt. Nachdem Kollege Baumeister die Anwesenden aufgefordert hatte, mehr als bisher agitatorisch aktiv zu sein und mehr auf die jüngsten Kollegen einzutreten, daß sie die Versammlung besser besuchen, wurde dieselbe gegen 11 Uhr geschlossen.

NB. Da verschiedene Kollegen es anscheinend nicht für nötig finden, die Versammlungsbücher durch Stempel im Mitgliedsbuch quittiert, damit die Olivaer erkannt werden und man in der Lage ist, sie nach ihrem Opferwillen zu bewerten. Die Versammlungen finden alle 14 Tage im Versammlungslast, Helmuthstraße 4 (2 Minuten von der Bergschule entfernt) statt. Die nächste Versammlung ist am 11. September, abends 8 Uhr.

Oliva, 28. August 1906. Bisher haben alle Agitationsmethoden der sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht vermocht, die Olivaer Kollegen auf ihre Seite zu bringen. Auch die Offenheit auf sich zu lenken, wie anständig man ist bei Begründungen von Genossen“ u. s. w., ist mißlungen. Denn man kommt bei einzigen Genossen“ mehrere Tage nach der Verdigung noch die Spuren von abzüglich vergessenen Tränen bemerkten! Deshalb ist man jetzt auf eine andere Methode gekommen, und zwar nach dem Muster der russischen Revolution! Am Montag, den 27. August, erschienen die „Genossen“ (Maurer) Edward Bimmerling, Paul Röbel, Kühne und Müller (die beiden ersten aus Oliva) in Boppo an dem Bauhaus des Baugewerksmeisters Dörr in der Langenstraße. Da es gerade regnete und die dort arbeitenden Kollegen in der Baubude waren, so legten die vier Freiheitskämpfer mit Hochdruck, jedoch mit fallender Stimme, ein in die „Befreiung“ unserer Kollegen. Als sie sahen, daß es nichts fruchtete und unsere Kollegen sie noch ausschlugen, da ging man zum Schimpfen und drohen über einer der Genossen zog das Messer und erklärte einem Kollegen gegenüber: „Nun muß du werden, wenn nicht so, dann so!“ Als nun der Polizei sie aufforderte, die Bautude sowie Bauplatz zu verlassen und sie dieser Auflösung nicht Folge leisten, wurden sie auf die Straße gebracht. Von dort aus waren sie mit Siegeln nach dem Polizei und die Schimpferei ging von neuem an. Man schien im Schimpfen recht gewandt zu sein, so daß man der Meinung werden könnte, als hätten die drei Männer sich zuvor ausgespielt einen Skandal im Schimpfen mitgenommen. Gegen diese „Freiheitskämpfer“ in Sitzung gestellt, sie werden sich nun zu verantworten haben. Es ist weit gekommen mit den Genossen von Oliva! Alle haben die man ansteckt, um die verdammten Christlichen, wie man sich ausdrückte, aus dem Sessel zu heben, haben sich an dem festen Sitz derselben als unbrauchbar erwidert. Daher ist dieses ein schlimmes Ding, denn man kann sich leicht ein Blasen auf Rumäniischer verpasst und oberdrein haben dennoch die bösen Christlichen den Polizei! Die Kollegen von Oliva rissen mir aber zu, sich mehr wie die der Agitation zu widmen und nicht eher zu rufen, bis der letzte Mann in unsere Reihen ist. Die Erfolge, die wir in diesem Jahr zu verzeichnen haben, liefern uns Material genug, um den Rumäniendritten den Mund zu stopfen. Also auf zur tapferen Arbeit!

Essen, 3. Sept. Nachdem im April dieses Jahres hier eine Bahnhof des Verbandes der christlichen Bauarbeiter gegründet wurde zum ersten Vorsitzenden E. Stellmacher zum Vorsitz und ersten Schriftführer C. Richter gewählt. Durch eifige Agitation ist die Mitgliedszahl auf 49

